

Rote Karte für das Magdeburger Tolerierungsbündnis

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April 2002

Everhard Holtmann

1. Die Ausgangslage vor dem Wahltag: Sich selbst verstärkende Wirkungen des Schlusslicht-Syndroms

Stärker noch als bei den letzten Landtagswahlen von 1998 (vgl. Gegenwartskunde 2/1998: 193 ff.), war die politische Stimmung in der Landesbevölkerung wenige Wochen vor der Wahl geprägt durch einen ausnehmend pessimistischen Grundton: 94% der Befragten, das sind 10% mehr als 1998, beurteilten die wirtschaftliche Lage im Land als weniger gut bzw. schlecht. 65% (im Vergleich zu 1998: + 27%) hielten sie für schlechter als in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Ebenfalls wie 1998 glaubt nur eine Minderheit von 28% (- 2%) an einen künftigen ökonomischen Aufschwung des Landes (Infratest dimap Wahlreport 2002, Infratest dimap Vorwählerhebung 1998).

Die pessimistische Grundstimmung widerspiegelt die sowohl außerhalb der Landesgrenzen wie innerhalb des Landes selbst verbreitete Wahrnehmung, dass Sachsen-Anhalt das wirtschaftliche „Schlusslicht“ im Geleitzug aller Bundesländer sei. Dieses Testat wird in der Tat durch statistische Daten erhärtet. Sachsen-Anhalt hat: seit langem die höchste Arbeitslosenquote, ferner die höchste Abwanderungsrate, die geringste Selbstständigenquote, das stärkste negative Wachstum beim BIP (im 1.Quartal 2002) sowie die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldungsrate aller Länder. In einem Regionen-Ranking der Bertelsmann-Stiftung belegt Sachsen-Anhalt beim „Erfolgsindex“ ebenfalls den letzten Platz. In dem Maße, wie diese und andere ökonomische Hiobsbotschaften das öffentlich vermittelte Erscheinungsbild des Landes dominierten, hat sich im kollektiven Bewusstsein der Landes-Bevölkerung ein Schlusslicht-Syndrom verfestigt, das sich, je ausdauernder es in den Medien reproduziert wird, fortwährend selbst verstärkt.

Die CDU hat in der heißen Wahlkampfphase diese Stimmungslage mit ihrer Laterne-Kampagne („Die Rote Laterne muß weg“) wirkungsvoll aufgenommen und die regierende SPD sowie die von der PDS tolerierte, SPD-geführte Landesregierung in die Defensive gedrängt. Da die Arbeitslosigkeit von 80 bis 90% der Befragten als das weitest drängendste Problem angesehen wird (die Themen „wirtschaftliche Lage“ und Bildung/Ausbildung folgen mit weitem Abstand) und eben auf diesem Feld die Leistungsbilanz des Landes defizitär ist, hatte das Regierungslager den wahlentscheidenden öffentlichen Schlagabtausch um negative und positive ökonomische Kennziffern – auch *positive* Entwicklungsdaten sind ja durchaus zu vermelden (vgl. Daten zur Wirtschaftsentwicklung 1995 – 2001; www.sachsen-anhalt.de) – von vornherein verloren.

Für diese Annahme spricht, dass sich die Umfragedaten für die SPD und die Landesregierung zwar bereits kurz nach dem Jahreswechsel ungünstig dargestellt hatten, daß aber der massive Vertrauenseinbruch, der in dem Debakel der SPD am 21. April gipfelte, erst in den letzten Monaten und Wochen vor dem Wahltag beschleunigt worden ist. Ein Vergleich der Daten der Vorwahlumfrage von infratest dimap (Anfang April 2002) mit den Daten einer vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Halle in der zweiten Januarwoche 2002 durchgeführten Erhebung macht deutlich: Während zu Anfang des Wahljahres noch gut 60% mit der Landesregierung zumindest „teils – teils“ zufrieden waren, sank der Anteil der Zufriedenen bis zum Wahltag auf 23% – laut infratest dimap die seit Jahren schlechteste Benotung einer Landesregierung. Bei einer (angenommenen) *Direktwahl des Ministerpräsidenten* lagen im Januar 2002 der amtierende Regierungschef Reinhard Höppner und sein CDU-Kontrahent Wolfgang Böhmer mit rd. 29% bzw. rd. 30% noch nahezu gleichauf. Bis April hatte sich das Bild zugunsten des Herausforderers verschoben: 42% bevorzugten jetzt Böhmer, und nur 35% Höppner. Auch dies war der niedrigste Wert, den infratest dimap bei Vorwahlumfragen für einen amtierenden Ministerpräsidenten je gemessen hat. Die drastischen Ansehensverluste für die Landesregierung mehrten allerdings nicht das Vertrauen in die Opposition. Nur etwa ein Drittel zeigte sich überzeugt, dass eine CDU-geführte Landesregierung die Probleme besser lösen könnte.

Dennoch hatte sich kurz vor der Wahl eine eindeutige *Wechselstimmung* herausgeschält: 62% plädierten im April für einen Regierungswechsel, darunter auch fast jeder vierte Anhänger der SPD (infratest dimap Wahlreport 2002, S.89). Ins Gewicht fiel, daß der CDU zu diesem Zeitpunkt in so gut wie allen wichtigen Politikfeldern die größere *Problemlösungskompetenz* zugeschrieben wurde. In den Schlüsselbereichen „Sicherung der Arbeitsplätze“ und „Wirtschaft“ hatte sich im Vergleich zu 1998 der klare Kompetenzvorsprung der SPD in einen ebenso klaren Vorteil der CDU umgekehrt: Im Feld Wirtschaft fiel die SPD von 34% auf 14% sowie im Feld Arbeitsplätze von 32% auf 12% zurück. Die CDU hingegen verbesserte sich von 16% (Arbeitsplätze, 1998) auf 33% und von 14% (Wirtschaft, 1998) auf 34% (Angaben nach Forschungsgruppe Wahlen e.V. 22.04.2002, Analyse für dpa).

2. Das Wahlergebnis: tiefer Fall der SPD

Vor diesem Hintergrund war das Wahlergebnis des 21. April in der Tendenz nicht überraschend. Wohl aber war, nicht zuletzt aufgrund der bis zum Wahltag anhaltenden Unschlüssigkeit etwa eines Viertels der Wählerinnen und Wähler, nicht vorhersehbar, daß die Pendelschwünge der Wählerbewegungen derart heftig ausfielen. Die SPD verlor 15,9%, so viel wie nie bei Landtagswahlen seit 1950, und fiel auf 20% zurück. Die CDU gewann 15,3%, so viel wie niemals zuvor bei Landtagswahlen, und wurde mit 37,3% mit Abstand stärkste Partei. Die FDP hat ihren Stimmenanteil mit 13,3% mehr als verdreifacht – der höchste in Ostdeutschland jemals erzielte Zuwachs – und zieht nach achtjähriger Abstinenz wieder in den Landtag ein. Die PDS verbessert sich nach Stimmenprozenten leicht von 19,7% auf 20,4% und zieht damit an der SPD vorbei, büßt jedoch absolut rd. 60000 Stimmen ein. Zu den Verlierern der Wahl gehört neben den Grünen, die auf 2,0% absackten (-1,3%) und damit faktisch marginalisiert wurden, auch die Schill-Partei. Diese Protestpartei scheiterte, trotz eines aufwendig geführten Wahlkampfes, mit 4,5% an der Sperrklausel. Die *Wahlbeteiligung* sank um 15 Prozentpunkte und lag mit 56,5% etwa auf dem Stand von 1994 (vollständiges amtliches Endergebnis siehe Tabellenanhang).

Der tiefe Fall der SPD ist, darin sind sich die Wahlforscher einig, Ausdruck tiefer Enttäuschung über die sozialdemokratisch geführte Landesregierung. „Zwei Drittel machten sie dafür verantwortlich, daß Sachsen-Anhalt das wirtschaftliche Schlußlicht der neuen Bundesländer bildet“ (infratest dimap Wahlreport 2002, S.11). Zugleich war das Wählervotum eine Abstrafung des Tolerierungsbündnisses von SPD und PDS. 55% lasteten dem sog. Magdeburger Modell an, für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung des Landes verantwortlich zu sein (Ebenda, S. 12). Daß die Unzufriedenheit mit Erscheinungsbild und Performanz der Regierung Höppner weit in die sozialdemokratische Anhängerschaft hineinreichte, ist nicht zuletzt an der Wahlenthaltung ablesbar: Rund 108.000 SPD-Wähler blieben diesmal den Urnen fern. Weitere Wähler gingen der SPD per Saldo an die CDU (-96.000), die FDP (-43.000), die PDS (-23.000) und die Schill-Partei (-10.000) verloren (siehe hierzu die Wählerwanderungs-Graphiken im Anhang).

Die subjektiven *Beweggründe* für den Wählerabstrom von der SPD zu CDU und FDP wurzeln wesentlich in der unbefriedigenden wirtschaftlichen Leistungsbilanz der Landesregierung. Die Wirtschaftspolitik und die Arbeitsmarktpolitik waren für 54% bzw. 45% vormaliger SPD-Wähler ausschlaggebend für den Wechsel ihrer Parteipräferenz (Infratest dimap Wahlreport 2002, S.17). Umgekehrt ist der Zustrom zu CDU und FDP mit hohen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erwartungen verbunden. Die Sachsen-Anhalt-Wahl war lt. Infratest dimap folglich, ausgeprägter als bei anderen Landtagswahlen, „in erster Linie eine Themenwahl“. Für knapp die Hälfte der Wähler (49%) hatten die Lösungsangebote der Parteien für Sachfragen das größte Gewicht. Für nur 20% war hingegen der jeweilige Spitzenkandidat ausschlaggebend. Längerfristig stabile Parteibindungen, die in Ostdeutschland durchwegs geringer ausgeformt sind, haben immerhin 19% bei der Wahlentscheidung geleitet (Ebenda, S.19).

Schlüsselt man die *Elektorate* der einzelnen Parteien nach *sozialstrukturellen Merkmalen* auf, so zeigt sich: Die CDU ist jetzt in allen Altersgruppen stärkste Partei. Sie erzielte lt. Forschungsgruppe Wahlen bei den unter 30-jährigen mit 36% Zuwachs die höchsten Gewinne; in dieser Alterskohorte hatte 1998 die DVU mit rd. 30% vorn gelegen (FGW-Analyse 22.04.2002). Die CDU-Wählerschaft ist zudem, dank eines überdurchschnittlichen Zugewinns bei Arbeitern (+21%) und Arbeitslosen (+18%), „die Partei mit dem ausgeglichensten Berufs-Profil“ (Infratest dimap Wahlreport 2002, S. 26). Die FDP kann überproportional ebenfalls bei jüngeren Wählern (18 – 24 Jahre: +16%) sowie bei Selbständigen zulegen. Bemerkenswerterweise stimmten für die Liberalen fast so viele Arbeiter wie für die SPD. Die Wählerschaft der PDS weist eine insgesamt ausgeglichene Alters- und Berufsstruktur auf. Die SPD verliert in allen Altersgruppen, jedoch unterdurchschnittlich bei ganz Jungen (bis 24: -9%) und bei Älteren (über 60: -14%). Ihre stärksten Einbußen erleidet sie in den Altersgruppen der 25- bis 59-jährigen, also den Kernschichten der Erwerbsgesellschaft. Da Personen im Rentenalter beinahe die Hälfte der SPD-Wähler stellen, „ist die SPD strukturell zu einer Rentnerpartei geworden“ (Ebenda).

Die *rechtsextreme DVU*, die bei den Landtagswahlen von 1998 aus dem Stand fast 13 Prozent der Stimmen geholt und damit für einen politischen Paukenschlag gesorgt hatte, trat diesmal zur Wahl nicht an. Rund ein Drittel der damals 191.000 DVU-Wähler ist diesmal der Wahl (wieder) ferngeblieben. Weitere 84.000 kehrten indes zu den sogenannten etablierten Parteien zurück, davon allein 45.000 zur CDU. Mit rd. 19.000 DVU-Rückkehrern weist hier auch die SPD einen positiven Wanderungssaldo auf. Der „Denkzettel“, den diese DVU-Wähler ihren an sich bevorzugten „Alt“parteien 1998 verpaßten, trägt also ein recht kurzes Verfallsdatum. Bei den jetzigen Landtags-

wahlen erwies sich, daß der größere Teil dieser Protestwähler für die Parteien des demokratischen Verfassungsbogens tatsächlich rückholbar ist (vgl. hierzu Holtmann 1999, S.48).

Zur diesmal neu auftretenden Protestpartei, der *Schill-Partei*, ist mit ca.15.000 nur ein kleiner Teil der vormaligen DVU-Wähler direkt hinübergewechselt. Entgegen den selbsterzeugten Prognosen, verfehlte die Schill-Partei mit 4,5% Zweitstimmen den Einzug in das Magdeburger Landesparlament. Für diesen Mißerfolg gibt es mehrere Gründe. Anders als bei den letztjährigen Bürgerschaftswahlen in Hamburg, konnte die Partei sich in Sachsen-Anhalt nicht mit dem Reizthema öffentliche Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung profilieren, weil dieses Thema hier nur für 8% der Wähler wahlentscheidend war. Andererseits schlug der Versuch der Schill-Partei fehl, sich der Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt überzeugend anzunehmen. Gerade einmal 8% der Wahlberechtigten mochten der Partei hier besondere Kompetenzen zuerkennen (Infratest dimap Wahlreport 2002, S.17, 94). Als größtes Manko wirkte sich lt. Infratest dimap indes aus, daß 70% der Sachsen-Anhalter die Schill-Partei als „eine Partei aus dem Westen“ ansehen (Ebenda). Daß Schill (und sein regionaler Resident Ulrich Marseille) das Protestpotential nicht stärker abschöpften, dürfte außerdem darin gründen, daß viele Protestwähler von der jämmerlichen Vorstellung der DVU-Truppe im Landtag (hierzu Holtmann 2002) nachhaltig enttäuscht worden sind und nicht willens waren, abermals für eine Protestpartei zu stimmen.

3. Stärkeverhältnisse im neuen Landtag und Regierungsbildung

Im neugewählten Landtag, der insgesamt 115 (-1) Sitze umfaßt, weil aufgrund der hohen Zahl von der CDU gewonnener Direktmandate (48 von 49) entsprechend Ausgleichsmandate vergeben wurden, nehmen die CDU 48 Sitze (+20), die SPD 25 (-22), die PDS ebenfalls 25 (wie bisher) und die FDP 17 Sitze (+17) ein. Damit hat das bisherige Tolerierungsbündnis von SPD und PDS die parlamentarische Mehrheit verloren. Rein rechnerisch stünden der CDU zwei Varianten offen: Sie könnte sowohl mit der SPD als auch mit der FDP eine Regierung bilden. Schon in der Wahlnacht zeichnete sich jedoch ab, daß der designierte Ministerpräsident Böhmer eine bürgerliche Regierung anstreben würde. Die Koalitionsverhandlungen sind inzwischen abgeschlossen, und mit dem förmlichen Amtsantritt des neuen CDU/FDP-Kabinetts in der konstituierenden Sitzung des neugewählten Landtags am 16. Mai 2002 ist der Machtwechsel förmlich vollzogen. In der neuen Landesregierung hat die FDP drei Ressorts, und zwar Wirtschaft und Arbeit, Finanzen sowie Soziales, übernommen (Mitteldeutsche Zeitung vom 8.Mai 2002).

4. Testwahl für Berlin? – Bundespolitische Auswirkungen

Für die große Mehrheit, nämlich rd. 60% der Befragten, war die *Landespolitik* bei der Stimmabgabe ausschlaggebend. Lediglich 25% gaben an, daß für sie die *Bundespolitik* wahlentscheidend gewesen sei. Zudem wird die SPD im Bund deutlich besser beurteilt als im Land Sachsen-Anhalt (Infratest dimap Wahlreport 2002, S.84 ff.; FGW-

Wahlreport 22.04.2002). Von daher ist die Einschätzung der Wahlforscher begründet: „Auch wenn diese Wahl die letzte vor der Bundestagswahl war, ist sie keinesfalls eine Testwahl für den Bund“ (FGW, ebenda). Bundespolitische Auswirkungen hat das Ergebnis dieser Landtagswahl gleichwohl, denn infolge des Machtwechsels in Sachsen-Anhalt verändern sich auch die Machtverhältnisse im Bundesrat: Künftighin besitzen die CDU-geführten Länderregierungen 35 von 69 Stimmen und damit eine Sperrmajorität, mit welcher sie zustimmungspflichtige Bundesgesetze blockieren können.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung 2001: Ranking Standortqualität Bundesländer (<http://www.bertelsmann-stiftung.de>)
- Boll, Bernhard/ Holtmann, Everhard 2002: Data Report Sachsen-Anhalt. 2.Befragungswelle Januar 2002, Halle (unveröffentlicht).
- Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Sachsen-Anhalt. Analyse 22.04.2002 für die dpa.
- Holtmann, Everhard 1998: Ein „Denkzettel“ mit ungewissem Verfallsdatum. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26.April 1998, in: *Gegenwartskunde* 2/1998, S. 193 – 200.
- Holtmann, Everhard 1999: Protestpartei am rechten Rand. Die DVU in der Wählerlandschaft Sachsen-Anhalts, 2.Aufl. Magdeburg.
- Holtmann, Everhard 2002: Die angepaßten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen (i.E.).
<http://www.mdr.de/sachsen-anhalt-wahl/ergebnisse>
- Infratest dimap: Sachsen-Anhalt vor der Wahl. Eine Erhebung im Auftrag der ARD, Berlin 1998.
- Infratest dimap Wahlreport: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 21.April 2002, Berlin.
- Staatskanzlei Sachsen-Anhalt: Sachsen-Anhalt. Bilanz der Wirtschaftsentwicklung 1995-2001, Magdeburg, März 2002 (<http://www.sachsen-anhalt.de>)

